

Nr. 6056 13

II-12493 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1994-02-03

ANFRAGE

der Abgeordneten: Probst, Scheibner, Mag. Haupt, Mag. Gudenus, Fischl und Kollegen
an

den Bundesminister für Landesverteidigung

betreffend Förderungsbetrag für die "Österreichische Offiziersgesellschaft".

Die Geistige Landesverteidigung hat als eine der wichtigsten Teile der Umfassenden Landesverteidigung die Aufgabe, durch Information über die Aufgaben der Landesverteidigung die Bevölkerung und ihre Meinungsträger in deren Verteidigungswillen zu stärken.

Als einer der Hauptaufgaben widmet sich der private Verein "Österreichische Offiziersgesellschaft" besonders der Information der Bevölkerung und ihrer Meinungsträger über den Sinn der Landesverteidigung. Die "Österreichische Offiziersgesellschaft" versucht auf privater Vereinsbasis ein Gegengewicht zur zerstörerischen Tätigkeit der Anti - Bundesheer Gruppen zu bilden. Obwohl dadurch eine Entlastung der zur Information beauftragten Stellen stattfindet, wird dies vom BMLV nicht entsprechend unterstützt. Aus ihrer Anfragebeantwortung 5370/AB geht nämlich hervor, daß der private Verein "Österreichische Offiziersgesellschaft" 1994 eine Förderung von öS 80.000,-- zu erwarten hat. Einen geradezu lächerlich geringen Betrag obwohl andererseits weitaus höhere Beträge von Bundesheergegnern und Zivildienstbefürwortern für die Gegenpropaganda und zur Manipulation der österreichischen Bevölkerung "verschleudert" werden. In Förderungsbericht 1992 ist ausgewiesen, daß u. a. der Bundesjugendring, der sich sehr der Zivildienstpropaganda verschrieben hat 1,7 Millionen Schilling Förderung durch das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie erhalten hat. Dieses Mißverhältnis läßt befürchten, daß der Stellenwert der geistigen Landesverteidigung vom BMLV nicht sehr hoch eingeschätzt wird. Es besteht die Gefahr der Aushöhlung der geistigen Landesverteidigung. Jeder Versuch und Beitrag, diese geistige Landesverteidigung zu unterstützen, sollte daher die Zustimmung und die Unterstützung ihres Ministeriums und das des BMuK finden.

Zurückzuweisen sind alle Maßnahmen welcher Art immer, die die moralische Verteidigungsfähigkeit der österreichischen Bevölkerung untergraben. Die unterzeichneten Abgeordneten mißbilligen diese Vorgangsweise und die dahinterstehende Intention von gewissen Politikern der Grünen -leider aber auch von Politikern anderer Parteien- welche immer wieder versuchen, die Verteidigungsfähigkeit Österreichs zu schwächen, wohl wissend, sich durch diese Vorgangsweise gegen die in der Bundesverfassung (Art. 9a BV-G) festgeschriebene Umfassende Landesverteidigung zu stellen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang folgende

ANFRAGE

- 1) Sind Sie der Meinung, daß ein Betrag von öS 80.000,-- ausreicht, gegen die Übermacht der Propaganda gegen das österreichische Bundesheer und für den Zivildienst genügt, ein ausreichendes Gegengewicht zu bilden?
 - 1a) Wenn ja, worauf gründet sich Ihre Ansicht?
 - 1b) Wenn nein, was werden Sie dagegen tun?

- 2) Sind Sie der Meinung, daß Propaganda gegen das Bundesheer (ungeachtet der Meinungsfreiheit) die Verteidigungsfähigkeit Österreichs gefährdet?
 - 2a) Wenn ja, was werden Sie gegen diese Gefährdung unternehmen?
 - 2b) Wenn nein, warum nicht und auf welche maßgeblichen Untersuchungen stützt sich Ihre Ansicht? (Bitte nennen Sie Autor und Publikation)

- 3) Welche Maßnahmen (Aufklärung) werden Sie in nächster Zeit (1994) treffen, um die Bevölkerung verstärkt in die geistige Landesverteidigung einzubinden? (Bitte beschreiben Sie Vorhaben und Dotierung).